

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 3177  
der Abgeordneten Christina Schade (AfD-Fraktion)  
Drucksache 6/7801

### **Stellenabbau bei Siemens**

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft und Energie die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragestellerin: Im November dieses Jahres verkündete die Firma Siemens, etwa 6900 überwiegend zur Kraftwerksparte gehörende Arbeitsstellen streichen zu wollen, wodurch u.a. die Schließung der Werke in Görlitz und Leipzig droht. Aber auch Beschäftigte im Kraftwerkbereich in Berlin und Brandenburg sind nach Berichten des RBB von dem Stellenabbau betroffen. In dieser Angelegenheit kam es Anfang Dezember zu einem Treffen von Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries mit Vertretern des Konzerns und Ministern der betroffenen Länder, um über die geplante Stellenreduzierung zu reden. Zu diesem Treffen war auch Thüringens Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) eingeladen worden.

Frage 1: Welche Vertreter aus Brandenburg nahmen an den Gesprächen mit der Bundeswirtschaftsministerin und den Vertretern des Konzerns Siemens teil?

zu Frage 1: An dem von Frau Bundesministerin Brigitte Zypries am 11.12.2017 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie durchgeführten Gespräch mit der Unternehmensleitung von Siemens nahm als Vertreter der Landesregierung Brandenburg der Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Energie teil. Er wurde durch den für Wirtschaftsförderung zuständigen Abteilungsleiter des Ministeriums für Wirtschaft und Energie begleitet.

Frage 2: Wie viele Arbeitsplätze in Brandenburg sind von den Stellenstreichungen voraussichtlich betroffen?

Frage 3: Welche Unternehmen könnten direkt und indirekt von den Werksschließungen in Berlin und Brandenburg betroffen sein?

Frage 4: Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bereits ergriffen, um die Arbeitsplätze zu sichern?

zu den Fragen 2, 3 und 4: Siemens hat bei seinen bisher bekannt gewordenen Schließungsplänen keine Standorte im Land Brandenburg genannt. Zu der Frage, in welcher Weise Siemens-Standorte in Berlin von Schließungen betroffen sein werden, liegen der Landesregierung bisher keine eindeutigen Erkenntnisse vor, so dass auch keine Aussagen zu einer eventuellen Betroffenheit von Unternehmen im Land Brandenburg möglich sind.